

# Wer entschied wirklich, AstraZeneca zu stoppen?

Die Kritik konzentriert sich auf Jens Spahn. Aber involviert waren Kanzleramt und Koalitionspartner

Am Montag um 16 Uhr erreichte die schleppende deutsche Impfkampagne ihren bisher härtesten Rückschlag: Die Bundesregierung setzte die Corona-Impfung mit AstraZeneca vorsorglich aus, verkündete Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

VON ROBIN ALEXANDER

Eine Entscheidung mit dramatischen Konsequenzen: Der Übergang von den unter den Erwartungen zurückgebliebenen Impfzentren in die Hausarztpraxen muss nun verschoben werden. Der Impfgipfel zwischen Bund und Ländern, der dies beschließen sollte, wurde abgesagt. Auch das jüngst von Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten beschlossene Konzept der „Ring-Impfungen“ in grenznahen Gebieten kann so nicht mehr funktionieren. Am Schlimmsten: Es ist mehr als fraglich, ob das Vertrauen der Bevölkerung in diesen Impfstoff zurückkehrt, wenn er womöglich wieder verimpft werden kann.

Ein Desaster, ohne Frage. Und ein Desaster, das ein Gesicht hat: das von Spahn. Noch am Montagmorgen hatte der Gesundheitsminister im CDU-Präsidium seine Parteifreunde gebeten, endlich „positive Geschichten zu erzählen“, wie gut das Impfen doch laufe. Jetzt überbrachte er selbst die ultimative Hiobsbotschaft.

Am Morgen hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) noch markig gefordert, nun müssten sich Politiker öffentlich impfen lassen – mit AstraZeneca. Am Nachmittag sollte sich dann plötzlich erst einmal niemand mehr damit impfen lassen. Die Verwirrung war groß. Der Ärger auch. Im Netz entlud sich die stets sprunghafte Empörungswut von allen Seiten. Die Impfskeptiker und Verschwörungsideologen sahen ihre Vorurteile bestätigt. Die Kritiker des langsamen Impfens identifizierten hingegen einen neuen Fall von manischer deutscher Übervorsicht.

Der vor zehn Wochen noch in einer Umfrage zum beliebtesten deutschen Politiker erklärte Spahn ringt nicht erst seit einem ungeschickten Auftritt auf dem CDU-Parteitag mit dem Image eines Ehrgeizlings. Seit Merkel vor zwei Wochen im Corona-Kabinett sein Konzept für Massentestungen an Schulen und Kitas als unzureichend vom Tisch nahm, wird er auch als unfähig be-

vierenden Nebenwirkungen. Dem Paul-Ehrlich-Institut, also dem wissenschaftlichen Gremium, das die Bundesregierung in Impffragen berät, waren drei zusätzliche Patienten gemeldet worden, bei denen nach einer Impfung Blutgerinnsel in den Hirnvenen beobachtet worden waren. Ein kausaler Zusammenhang zur Impfung ist nicht nachgewiesen. Aber damit stieg die Gesamtzahl der Fälle auf sieben, darunter drei Todesfälle. Die Wissenschaftler zogen Experten für Thrombosen im Hirn hinzu und kamen zu der Einschätzung, diese Zahl sei immer noch extrem klein, bewege sich aber jetzt dennoch außerhalb einer rein statistischen Häufung. Darauf begründeten sie ihre Empfehlung, die Impfung auszusetzen.

Musste die Bundesregierung dieser Empfehlung folgen? Nein. Tatsächlich hatte es am Wochenende Versuche einzelner Politiker aus den Koalitionsparteien gegeben, sowohl auf Spahn als auch auf Kanzlerin Merkel einzuwirken, sich über eine solche Empfehlung hinwegzusetzen. In diesem Fall hätte Spahn die Empfehlung der Experten kommuniziert und gleichzeitig begründet, dass bis zur Klärung durch die europäische Arzneimittelagentur EMA trotzdem in Deutschland weiter geimpft werde. Dem Vernehmen nach war aber die Kanzlerin zu einem solchen Schritt nicht bereit. Das liegt auch auf Merkels bisheriger Linie: Sie hatte schon den späten Impfstart in der EU mit dem Argument verteidigt, jeder Zweifel müsse ausgeschlossen werden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten.

Unmittelbar nach der Entscheidung des Paul-Ehrlich-Instituts gab es nach WELT-Informationen ein Gespräch zwischen Spahn und Kanzleramtsminister Helge Braun. Auch dieser plädierte für die Aussetzung, sicher nicht ohne Rücksprache mit Merkel. Bei einer solch gravierenden Entscheidung gilt zweifellos die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin. Die Frage, ob Merkel sie bei Dissens angewandt hätte, bleibt offen – denn Spahn und Braun waren sich ja einig.

Die Vorstellung, dass ein Gesundheitsminister entgegen der Einschätzung der zuständigen Experten und gegen das Kanzleramt weiterimpfen lässt, ist abenteuerlich. Auch Lauterbach hätte das nicht versucht, wie er am Montagabend in der Sendung ARD-Sendung

„Hart aber fair“ erklärte. Entgegen dem Eindruck, den die Vorsitzende Esken erweckte, hätte nicht einmal die SPD so ein Manöver mitgetragen: „Wenn das Paul-Ehrlich-Institut, welches die Aufgabe hat, Nebenwirkungen zu überprüfen, empfiehlt, Impfungen mit AstraZeneca auszusetzen, dann sollte man dem folgen“, hatte die für Gesundheit zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bärbel Bas erklärt – ganz auf Spahn-Linie.

Relevant bleibt die Kritik, der Gesundheitsminister habe falsch kommuni-

ziert und damit dem Eindruck Vorschub geleistet, AstraZeneca sei nicht sicher. Tatsächlich aber beschwor Spahn schon fast mit kindlicher Eindringlichkeit das Gegenteil: „Für die allerallerallermeisten besteht kein Risiko!“

Der Schaden ist dennoch enorm. Tatsächlich hatte schon die später revidierte Einschätzung der Ständigen Impfkommision, AstraZeneca in Deutschland zunächst nur für die Altersgruppe unter 65 zuzulassen, den Ruf dieses Vakzins ramponiert. Nun erlitt dieser Ruf durch eine zweite staatliche Institution, das Paul-Ehrlich-Institut, erneut Schaden.

Aber wie hätte die Politik diesen vermeiden sollen? Das Votum der Experten vom Montagmittag wäre bekannt geworden. Am nächsten Tag hätte es Schlagzeilen gegeben: „Regierung setzt sich über Empfehlung der Wissenschaft hinweg“. Die Twitter-Meute hätte geflucht: Wie kann ein gelernter Bankkaufmann es nur wagen, sich über die Einschätzung von Wissenschaftlern zu stellen, hätte es geheißt. Das Vertrauen in den Impfstoff wäre in diesem Fall sicher nicht gestiegen.

Die deutsche Impfkampagne wäre nur in einem Fall sicher gewesen: Wenn die EU ähnlich den USA genug Impfstoff bestellt hätte, dass man notfalls auf AstraZeneca verzichten könnte.



Kanzlerin Angela Merkel und Gesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) im Bundestag

schrieben. Die nach Monaten im Lockdown gereizte bis aggressive Stimmung entlädt sich auf seiner Person. Der „Stern“ brachte Spahn in der vergangenen Woche auf dem Cover mit der Zeile: „Was kann eigentlich Herr Spahn?“

Substanz schien die Anklage aber erst durch Karl Lauterbach zu bekommen. Der SPD-Gesundheitsexperte, der sich in der Pandemie durch kompetente Analysen in den Medien einen Ruf weit über das politische Berlin hinaus erworben hat, nannte Spahns Entscheidung zu AstraZeneca falsch. Schon länger erklingt unter dem Hashtag #wirwollenkarl der Ruf, Spahn zu feuern und durch Lauterbach zu ersetzen, ihm schlossen sich jetzt nicht nur Journalisten von „Spiegel“ und „Focus“ an, sondern auch die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken.

Aus dem Blick geriet dabei allerdings, wie die Entscheidung, AstraZeneca auszusetzen, tatsächlich zustande kam. Spahn selbst hatte noch am vorigen Freitag in der Bundespressekonferenz angedeutet, dass er dies für keine gute Idee halte. Er wolle „die Balance zwischen Vorsicht und Alarmismus halten“. Das sollte heißen: Die Bedenken kommunizieren, die zu einer erneuten Prüfung führten, aber die Impfungen nicht aussetzen.

Was hatte seine Einschätzung bis Montag verändert? Neue Fälle von gra-